

Rathaus / Barfussergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 117/2012 (DDI)

Auftrag Anna Rüefli (SP, Solothurn): Massnahmen zur Steigerung des Angebots an familienergänzender Kinderbetreuung im Vorschulbereich (05.09.2012)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat anhand einer Auslegeordnung zuhanden von Einwohnergemeinden und Privaten Massnahmen zur Steigerung des Angebots an familienergänzender Kinderbetreuung im Vorschulbereich aufzuzeigen. In der Auslegeordnung sollen mindestens Aussagen zu folgenden Bereichen gemacht werden:

- Auswirkungen einer bedarfsgerechten Angebotsverpflichtung
- Auswirkungen eines Ausbaus von Begleit- und Beratungsangeboten
- Auswirkungen des Aufbaus einer zentralen Stelle für die Vermittlung von Betreuungsangeboten, die nebst Aussagen über das Angebot auch Daten zur Nachfrage erheben könnte
- Aussagen betreffend den Versorgungsgrad, d.h. das institutionelle Betreuungsangebot in den Solothurner Gemeinden, und den Finanzierungsgrad, d.h. die Subventionen, die eine Gemeinde (und allenfalls der Kanton) an institutionelle Betreuungsangebote ausrichtet
- Aussagen zu den Vor- und Nachteilen der Objektfinanzierung durch die Ausrichtung von Betriebsbeiträgen an Institutionen (wie z.B. Kindertagesstätten und Tageselternvereine) und der Subjektfinanzierung durch die direkte Ausrichtung von Beiträgen an die Eltern (beispielsweise durch die Abgabe von Betreuungsgutscheinen)
- Aussagen betreffend eine sozialpolitisch angemessene Höhe der Subventionierung
- Aussagen betreffend allfällige Anpassungen der gesetzlichen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden.

Begründung (05.09.2012): schriftlich.

Die Notwendigkeit, im Kanton Solothurn die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, ist unverändert gross. In der Beantwortung der Interpellation I 072/2011 „Wie viele familienergänzende Betreuungsplätze fehlen im Kanton Solothurn?“ führte der Regierungsrat aus, dass Bedarfsanalysen einzelner Einwohnergemeinden, von Kindertagesstätten geführte Wartelisten wie auch beim Amt für soziale Sicherheit laufend eingehende Anfragen von Eltern, die eine Betreuungsplatz suchen, zeigen, dass mehr familienergänzende Betreuungsplätze nötig sind und das Angebot auch hinsichtlich der sozialpolitischen Zielsetzung, für jedes vierte Kind im Kanton Solothurn einen Betreuungsplatz anzubieten, ungenügend ist. Zwar obliegt die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsangeboten nach geltendem Sozialgesetz den Einwohnergemeinden. Doch ist der Kanton für das Bewilligungs- und Aufsichtswesen zuständig und er fördert den Aufbau von familienergänzenden Betreuungsangeboten mit finanziellen Beiträgen aus Fondsmitteln und fachlicher Begleitung und Beratung. Im Hinblick auf die grosse Bedeutung von familienergänzenden Betreuungsplätzen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, die Armutsbekämpfung, die frühe Förderung von Kindern, die Verbesserung der sprachlichen Entwicklung sowie der Startchancen beim Schuleintritt ist es naheliegend, dass der Kanton im Rahmen seiner Aufsichtstätigkeit und seiner Beratungsaufgabe anhand einer Auslegeordnung zuhanden von Einwohnergemeinden und Privaten mögliche Massnahmen zur Steigerung des Betreuungsangebots im Vorschulbereich aufzeigt.

Unterschriften: 1. Anna Rüefli, 2. Franziska Roth, 3. Trudy Küttel Zimmerli, Urs von Lerber, Urs Huber, Susanne Schaffner, Heinz Glauser, Fränzi Burkhalter, Jean-Pierre Summ, Evelyn Borer, Hans-Jörg Staub, Mathias Stricker, Walter Schürch, Fabian Müller, Christine Bigolin Ziörjen

(15)